

Die Hauptpunkte unserer Forderungen für die Parlamentswahlen 2023:

Seit Jahrzehnten stellt das unbegrenzte wirtschaftliche Wachstum das Hauptinteresse der luxemburgischen Nationalpolitik dar, mit tragischen Folgen für Natur und Gesellschaft. Luxemburg ist das am meisten fragmentierte Land Europas. Zwischen Straßen, Autobahnen und auswuchernden Siedlungen erstrecken sich zudem Agrarflächen, welche mehrheitlich intensiv bewirtschaftet werden. Zu dieser endogenen Problematik übt der Klimawandel, mit Trockenperioden und Starkregenereignissen, nun weiteren Druck aus und destabilisiert die bereits geschädigten Ökosysteme zusätzlich.

Es ist also nicht verwunderlich, dass der Großteil der geschützten Habitate und der geschützten Arten von europäischer Bedeutung in Luxemburg in einem schlechten Zustand sind. Dies hat weitreichende Folgen auf die Ökosystemleistungen der einzelnen Lebensräume, was wiederum negative Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft mit sich bringt.

Als Naturschutzorganisation fordern wir ein politisches Umdenken, denn Natur und Gesellschaft sind eng miteinander verwachsen. Die zukünftige Regierung muss dieses Verständnis verinnerlichen und eine Politik vorantreiben, welche diese Verbundenheit als Symbiose wahrnimmt und unterstützt. Die Biodiversitätskrise, gekoppelt an die Klimakrise, engt den möglichen Spielraum für Veränderungen stark ein. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren, wir müssen „Natur nei denken!“

Naturschutz und Landschaftserhaltung

Der ländliche Raum braucht dringend ein **struktureiches Landschaftsmosaik**. Es braucht **interministerielle Kooperationen**, um konkrete Maßnahmenprogramme auszuarbeiten und umzusetzen (Acker- und Gewässerrandstreifen, Feldgehölze...). Außerdem braucht es mehr **Öffentlichkeitsarbeit**, um den „plan pollinisateurs“ bekannt zu machen und so langfristig eine bessere Entwicklung von Blüten und Früchten zu ermöglichen und die Insektenbiomasse zu fördern. Vor allem Weg- und Straßenränder beinhalten ein enormes Potential für **Blühstreifen**. Dieses wird bisher aber nur wenig wahrgenommen.

Bei öffentlichen Bauprojekten soll **Holz aus Luxemburg und der Großregion** bevorzugt werden. Zudem soll der Verkauf von Holz aus nationalen Beständen regional orientiert werden. (Kein Holzverkauf nach China!) und Waldparzellen dürfen nicht mehr für Bauprojekte (Wohnungen, Straßen, Gewerbe- und Industriezonen) geopfert werden.

Die ausgewiesenen **Natura-2000-Gebiete** müssen konsequent geschützt werden und die Lebensräume der Schirm- und Zielarten müssen verbessert werden. Dabei sollen vorzeitig interaktive **Informationsveranstaltungen** organisiert werden, um Anwohner und lokale Landwirte bei der Planung von neuen Naturschutzgebieten besser einbinden zu können. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass wenn ein **Biotop** zerstört wird, das gleiche Biotop funktionsgetreu an anderer Stelle neu angelegt werden muss. Es sollten jedoch stärkere Anreize geschaffen werden, damit bereits im Vorfeld bestehende Biotope Bauvorhaben nicht zum Opfer fallen.

Auf legaler Ebene muss die Natur umfassender und effektiver durch bindende Rechtsverordnungen geschützt werden. Bestimmte Ökosysteme sollen als **natürliche Rechtssubjekte** festgehalten werden und der Ökozid soll als Straftat wahrgenommen werden. Nur durch eine derartige gesetzliche Verankerung kann Naturschutz langfristig gesichert werden.

Ressourcen- und Klimaschutz

Es muss eine **strukturelle, ökologische Aufwertung der Gewässer** erfolgen, welche sich aktuell in einem schlechten Zustand befinden. Durch eine Renaturierung können die ökologische Durchgängigkeit und das Selbstreinigungspotential wiederhergestellt werden. Renaturierungsprojekte sollten finanziell und wissenschaftlich verstärkt gefördert werden. Um klimaresiliente Gewässer zu erschaffen, müssen **naturbasierte Umstrukturierungen** im Zentrum stehen. Nur so können natürliche Uferstrandstreifen entstehen, welche sich ohne weitere Eingriffe entwickeln können und der Bodenerosion, der Überdüngung und dem Pestizideinsatz entgegenwirken können.

Der **Schutz von Grund- und Trinkwasser** muss vor der industriellen Entwicklung Vorrang haben und der Ausbau von Kläranlagen muss Bauvorhaben vorausgehen. Erst in einer zweiten Phase dürfen Neubausiedlungen und/oder neue Industrie- und Gewerbezone genehmigt werden. Es braucht außerdem **Sensibilisierungskampagnen** seitens der Regierung, damit im Privatbereich und in landwirtschaftlichen Betrieben die Abwasserkanäle nicht weiter zur Abfallbeseitigung benutzt werden.

Die Integration von **Regenwasserauffangbecken** muss verpflichtend beim Bau von neuen Häusern und Wohnungen sein. Das Bauwesen muss nachhaltiger werden, vor allem um die Bauschuttproblematik in den Griff zu bekommen. Die Möglichkeit des Gebäuderückbaus muss staatlich gefördert werden. Dabei soll schnellstens ein **nationales Ressourcenregister** geschaffen werden, damit Gebäude und Infrastrukturen so als Rohstoffdepots fungieren können. Die Regierung hat die Dringlichkeit einer zirkulären Wirtschaft erkannt und es wurden vielversprechende Strategien, wie „Null Offall Lëtzebuerg“ und „Kreeslafwirtschaft Lëtzebuerg“ vorgestellt. Diese benötigen nun jedoch eine beschleunigte und ehrgeizige Umsetzung.

Energie

Die **Photovoltaik** erfreut sich stetiger technologischer Weiterentwicklung und Anlagen werden klein- und großflächig landesweit errichtet. Öffentliche Institutionen und Gebäude sollten dabei verstärkt, durch ein Green Public Procurement, eine Vorbildfunktion einnehmen, um so die Energiewende zu beschleunigen. Außerdem soll die **solarmodulare Überdachung** von versiegelten Flächen, wie Parkplätzen und Fahrradwegen, prioritär umgesetzt werden. Grünflächen dagegen sollen nur dann genutzt werden, wenn bestehende Biotope nicht zerstört werden und andere positive Auswirkungen die Folge sind (z. B. Schattenwurf für Tiere oder Nutzpflanzen). Bei **Windrädern** muss auf das **sozio-ökologische Zusammenspiel** geachtet werden. Beim Ausbau der Windenergie darf die lokale biologische Vielfalt nicht an zweiter Stelle stehen und Anwohner/innen müssen mit eingebunden werden. Kamerasysteme, welche Vögel frühzeitig erfassen und schützen können, wie auch Bürgerbeteiligungen sollen verpflichtend für Windanlagen werden. Die Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb eines Waldgebietes ist in jedem Fall abzulehnen.

Energiesparmaßnahmen haben ein enormes Potenzial für eine nachhaltige Transition. Geschäftslokale und Bürogebäude sollen verpflichtet werden, über Nacht die Beleuchtung der Innenräume auszuschalten.

Auf staatlichen Straßen sollte auf unnötige Lichtquellen verzichtet werden. Außerdem können bedeckte, moderne LED-Straßenbeleuchtung die **Lichtverschmutzung** ausschlaggebend reduzieren, um die Tier- und Pflanzenwelt nachhaltig zu schonen.

Es braucht Sensibilisierungs-Kampagnen, um Privathaushalten die weitreichenden positiven Effekte von Energiesparen näherzubringen und zugleich das **Risiko eines Rebound-Effektes** bei einer grünen Energiewende zu minimieren.

Ernährungssystem

Die Landwirtschaft soll am holistischen Konzept der **Kreislaufwirtschaft** orientiert werden, um so eine lokale, standortangepasste, ressourcenschonende, sozialverträgliche und ökosystemförderliche Produktion zu ermöglichen. Dabei braucht es eine Umwandlung von reinen Tier-Weiden in mischgenutzte Baumflächen, zur Verbesserung der Böden und zur Erzeugung von Schatten für Tiere und zur Abkühlung des Mikroklimas. Doch Landwirte/innen müssen für ihre **Beiträge zu Ökosystemdienstleistungen** angemessen entlohnt werden.

Auf geeigneten Böden soll außerdem prioritär der **biologische Anbau** von Gemüse, Obst und Hülsenfrüchten verstärkt werden. Eine Steigerung der Investitionen in die Forschung und Umsetzungspraxis einer nachhaltigen Bodenbewirtschaftung (z.B. Biolandwirtschaft, Permakultur, Agroforst, regenerative Praktiken usw.) kann dabei eine Transition der luxemburgischen Landwirtschaft beschleunigen

Ein sofortiges **Verbot gesundheitsgefährdender Substanzen** in der Landwirtschaft muss umgesetzt werden. Zusätzlich muss sich Luxemburg auf EU-Niveau dafür einsetzen, dass die Einsatzmengen pro Hektar und Jahr von Glyphosat sofort und degressiv Richtung Null bis 2035 ermöglicht werden und die geplante grundsätzliche Pestizidreduzierung von -50% bis 2030 erreicht wird.

Es müssen Anreize geschaffen werden, um den **Konsum von tierischen Produkten** entlang der modernen Ernährungsempfehlungen (Planetary Health Diet) und die **Lebensmittelverschwendung** zu reduzieren sowie grundsätzlich umweltfreundliche Verhaltensweisen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu normalisieren. So sollte in Luxemburg unter anderem ein Verbot der Lebensmittelverschwendung/-vernichtung, nach dem französischen Modell, in Supermärkten eingeführt werden.

Landesplanung

Die Konzentration auf die **drei Agglomerationspools** Luxemburg, Süden und Nordstad ermöglicht eine intelligente Landesplanung. Diese urbanen Zentren müssen ausgebaut und entsprechend vernetzt werden. Luxemburg darf nicht weiter zersiedelt werden. Industrie- und Gewerbebezonen sowie Wohnviertel müssen in Abstimmung miteinander entwickelt und mit einem **sinnvollen Mobilitätskonzept** ergänzt werden.

Im urbanen Raum darf die **grüne Infrastruktur** nicht vergessen werden. Mit einem strategisch geplanten Netzwerk an natürlichen und naturnahen Flächen (Bäume, begrünte Dächer und Fassaden, Sträucher, Blumenwiesen usw.) können wichtige Lebensräume erschaffen und geschützt werden, um so die Biodiversität und die Lebensqualität umfassend zu stärken. Außerdem sollten bei Neubauten und bei der Renovierung von Gebäuden **Nisthilfen** für gebäudebrütende Arten (Mehlschwalben, Mauersegler, Fledermäuse), wie auch Dach- und Fassadenbegrünungen mit eingeplant werden.

Neben dem wirtschaftlichen Wachstum gehört auch der stetige Bevölkerungszuwachs ein Problem dar, vor allem wenn dieser fast täglich von 200.000 Grenzpendlern komplementiert wird. Das Mobilitätskonzept muss daher eine **transnationale Erweiterung** erfahren, vor allem hinsichtlich Park&Ride-Anlagen in den Grenzregionen, um den Umstieg von Auto/Fahrrad auf Bahn/Bus zu vereinfachen.

Umgehungsstraßen sollen nicht als die allgegenwärtige Lösung gegen den wachsenden Verkehr angeführt werden, insbesondere wenn dabei Naturschutzgebiete in Mitleidenschaft gezogen werden. Hiermit werden nämlich nur die Symptome bekämpft und nicht das eigentliche Problem des motorisierten Individualverkehrs.

Die **Bußgelder** aufgrund von Geschwindigkeitsverstößen müssten dem finnischen Modell folgen und dem Einkommen nach gestaffelt werden. So könnten Verstöße minimiert werden und der öffentliche Transport könnte zugleich attraktiver werden.